

Medienmitteilung

Bern, 15.01.2021

Weitere Auskünfte erteilen:

Kurt Rohrbach, Präsident HIV des Kantons Bern, Telefon 076 370 54 01

Adrian Haas, Direktor HIV des Kantons Bern, Telefon 079 717 24 24

Gesetz über Handel und Gewerbe: JA zur zeitgemässen Hauptvorlage

Am 7. März 2021 wird im Kanton Bern über eine Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG) abgestimmt. Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern (HIV) unterstützt dabei die Hauptvorlage des Grossen Rates, welche eine Stärkung des Jugendschutzes UND eine sinnvolle Ausweitung der Sonntagsverkäufe vorsieht. In Bezug auf die nationalen Vorlagen, welche am gleichen Abstimmungssonntag an die Urne kommen, hat der HIV seine Parolen ebenfalls gefasst. Der Wirtschaftsverband sagt zwei Mal Ja (zum Gesetz über elektronische Identifizierungsdienste und zum Freihandelsabkommen mit Indonesien) sowie Nein zur Volksinitiative über ein «Verhüllungsverbot».

Die Anpassung des HGG im Kanton Bern umfasst zwei Elemente. Einerseits soll der Jugendschutz gestärkt werden, indem für E-Zigaretten die gleichen rechtlichen Grundlagen gelten sollen wie für herkömmliche Zigaretten, andererseits sieht die Hauptvorlage des Grossen Rates vor, dass neu jährlich vier statt zwei bewilligungsfreie Sonntagsverkäufe möglich sein sollen.

Aus Sicht des HIV ist es vor allen Dingen wichtig, dass die Anpassung hinsichtlich der Sonntagsverkäufe realisiert wird. Die bescheidene Ausweitung der möglichen Sonntagsverkäufe ist gerade mit Blick auf den steigenden Druck, dem sich der Detailhandel gegenüber den Online-Angeboten ausgesetzt sieht, ein Schritt in die richtige Richtung. Sie bietet gleichzeitig eine Chance zur Belebung der Innenstädte und Dorfkerne und entspricht einem Kundenbedürfnis. Der HIV unterstützt deshalb die zeitgemässe Hauptvorlage und empfiehlt, diese bei der Stichfrage dem Eventualantrag vorzuziehen.

Nationale Vorlagen: HIV sagt 2x Ja und 1x Nein

Auch zu den drei nationalen Abstimmungsvorlagen vom 7. März 2021 hat der HIV Position bezogen:

- Der Verband sagt klar Ja zum Gesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz), mit dem die rechtlichen Grundlagen für eine staatlich anerkannte und geprüfte Schweizer e-ID (elektronische Identität) geschaffen werden. Die aktuelle Vorlage schafft die Basis für ein vertrauenswürdigen staatlich anerkanntes Login mit einem sehr hohen Schutzniveau betreffend Datenschutz.
- Ebenfalls unterstützt der HIV den Beitritt zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien. Dieses Abkommen verschafft der Schweiz einen Wettbewerbsvorteil und Sicherheit in Bezug auf den bilateralen Handel, notabene in einer Zeit, in welcher der Welthandel ansonsten eher unsicherer wird. Das vorliegende Abkommen enthält einen umfassenden Nachhaltigkeitsartikel (v.a. in Bezug auf Palmöl). Es ist also nachhaltig, fortschrittlich und nutzbringend sowohl für die Umwelt als auch für den Handel.
- Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» lehnt der HIV hingegen ab. Die Vorlage hätte insbesondere im Tourismusbereich negative Auswirkungen, was gerade in der aktuellen Lage unbedingt zu verhindern ist. Die Kantone können nach wie vor in eigener Kompetenz weiterführende Regelungen beschliessen.